

Mehr als 1000 Hektar Moor standen in Flammen

Die Konsequenzen aus dem verheerenden Moorbrand in Niedersachsen: Bundeswehr muss Kosten tragen

Dienstag 3. September 2019 - Hannover / Meppen (wbn). Die Bundeswehr muss Kosten und Verantwortung für den verheerenden Moorbrand bei Meppen tragen. Und Freiwillige Feuerwehren müssen in zukünftige Einsätze besser eingebunden werden. Diese beiden Forderungen erhebt der SPD-Landtagsabgeordnete Rüdiger Kauroff.

Vor einem Jahr wurde nordöstlich der Stadt Meppen auf dem Gelände der Wehrtechnischen Dienststelle 91 der Bundeswehr durch eine fahrlässige Raketenerprobung unbeabsichtigt ein Feuer ausgelöst und so eine mehr als 1.000 Hektar große Fläche des Moores sowie der angrenzenden Trockenflächen in Brand gesetzt.

Fortsetzung von Seite 1

„Ich möchte allen Einsatzkräften und freiwilligen Helfern, die ihr Leben im vergangenen Jahr bei der Brandbekämpfung in Gefahr gebracht haben, im Namen der SPD-Landtagsfraktion danken. Das Löschen von Schwelbränden sowie die Lokalisierung von Glutnestern ist eine herausfordernde Tätigkeit – 1.700 Einsatzkräfte haben wochenlang eine beeindruckende, aufopferungsvolle Arbeit geleistet!“, so der feuerwehrpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rüdiger Kauroff.

Nicht nur die Folgen für die Umwelt sind verheerend, sondern auch die Entschädigungs- sowie die Einsatzkosten, die im Abschlussbericht des Moorbrandes noch mit acht Millionen Euro beziffert wurden. Dazu schildert der SPD-Politiker: „Inzwischen hat die Summe sich mehr als verdoppelt, die realen Kosten übertreffen die Schätzung weit. Nun ist es an der Bundeswehr,

Geschrieben von: Lorenz

Dienstag, den 03. September 2019 um 13:56 Uhr

ausstehende Zahlungen an Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürger zu leisten und letztlich auch zur Wiederherstellung der Natur und des Moores beizutragen. Ferner gilt, verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen!“

Der Moorbrand im Jahr 2018 im Emsland habe deutliche Mängel in der internen und externen Kommunikation sowie der Gefahrenerkennung und -abschätzung gezeigt, so Kauroff.

Kauroff weiter: „Bedauerlicherweise wurden die Freiwilligen Feuerwehren erst nach elf Tagen um Unterstützung gebeten und haben dann keine Einsatzdetails erfahren. Seitens der Bundeswehr sind, um zukünftige Ereignisse zu vermeiden beziehungsweise im Katastrophenfall besser handeln zu können, weitreichende Organisationsänderung notwendig. Ich bin der festen Überzeugung, dass die lokalen Feuerwehren und Hilfsorganisationen besser eingebunden und nun weitere gemeinsame Übungen mit der Bundeswehr durchgeführt werden müssen.“